

Elbörner Zeitung.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 Mr. — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 Mr. 50 Pf.

Nr. 139.

Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Baderstraße 255.

Inserate werden täglich bis 2½ Uhr Nachmittags angenommen und kosten die fünfsämtige Seite gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 Pf.

Donnerstag, den 18. Juni

1885.

Die Wahlen in Österreich.

Die jetzt beendeten Wahlen zum österreichischen Abgeordnetenhaus haben auch bei uns in Deutschland ein reges Interesse erweckt; handelte es sich doch um das Schicksal der deutschen Partei im Abgeordnetenhaus, zu deren vollständiger Unterdrückung sich die Anti-Deutschen unter halber Zustimmung der Regierung verbunden hatten. Nun, dies Resultat ist nicht erreicht worden. Fünfzehn, nach anderer Rechnung achtzehn Sitze haben die Deutschen in der Volksvertretung verloren, aber dieser Verlust wird sich hoffentlich zu den nächsten Wahlen ausgleichen, denn jetzt wo die Czechen, Polen u. s. w. mehr als bisher freies Fahrwasser im Parlament haben, werden sie auch ihre Forderungen darin stellen, und den Deutschen im Staate Österreich werden bald gründlich die Augen aufgehen. Es fehlt nicht viel daran, daß man die deutsche Partei eine mustergültige Parlamentspartei nennen könnte, es lassen sich auch bei ihr mancherlei unsaubere Dinge aufzählen, aber die Hauptache ist doch, daß sie fest zusammensteht, wo es gilt, das deutsche Wesen, die deutsche Sprache, die deutsche Bildung zu beschützen.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe nennt keine innere Politik eine Politik der Verjährung. Um alle die Nationen, aus welchen der österreichische Kaiserstaat sich zusammensetzt, soll ein enges Band geschlungen werden, das das Gefühl der unbedingten Zusammenghörigkeit stärkt und fördert. Dies Ziel ist sicher ein sehr lobenswertes, aber der Herr Graf hat gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er beabsichtigte. Statt einer Gleichstellung aller Nationen zu zulassen, hat er den Hochmuth von Polen und Czechen gefährdet und diese beiden wieder auf den Deutschen los, der sich nicht so gebüldig unters Tisch beugen läßt. Hat man sich doch zu der wahnwitzigen Behauptung bereits versteigen gehabt, Wien, das alte deutsche Wien solle eine czechische Stadt sein. Graf Taaffe hat geglaubt, so handeln zu müssen. Die Deutschen im Parlament wären nicht mit ihm durch Dumm und Dick gegangen; deshalb hat er sich der buntstreichigen antideutsch gesinnten Majorität in die Arme geworfen. Das Conglomerat dieser von den verschiedensten Interessen besetzten Parteien ist "Regierungspartei" geworden, aber nicht umsonst. Die Regierung hat ganz gehörig dafür zahlen müssen und in der Zukunft wird's noch schlimmer werden. Das österreichische Abgeordnetenhaus wird nicht aufhören, einen Markt vorzustellen, auf welchem leidenschaftlich gekämpft wird. Die Regierungsparteien werden die günstige Gelegenheit, daß das Ministerium Taaffe weiter am Ruder bleibt, benutzen, um neue Errungenschaften zu erreichen und sicher zu stellen. Deshalb kann von einer überzeugungsreuen Regierungspartei ebenso wenig gesprochen werden, wie überhaupt von wirklichen parlamentarischen Zuständen. Niemand gehört der Regierung an, jeder aber fordert von der Regierung etwas. Und die Regierungsmajorität würde sofort in die Brüche gehen, sobald das Ministerium Taaffe einmal aufhören würde, den Preis für die von ihm verlangte Zustimmung an die Fraktionen zu zahlen.

Auf Ehre und Recht.

Erzählung von C. Esenius.

(4. Fortsetzung.)

Der Inspector sah den Baron betroffen an. "Wissen Sie, Herr Inspector, mir kommt die Erde manchmal vor, wie ein gedekter Tisch. Nach den Anordnungen der Natur und einem ungefähren Ueberschlag ist Raum genug für die Gäste vorhanden. Bleiben auch die Leckerbissen für die Reisepersonen — hungrig soll Niemand; das will der große Wirth nicht. Nun kann es ja vorkommen, sei es durch Dummheit der Kellner oder sonst wie, daß sich die Schüsseln an dem einen Ende häufen, während sie am andern Ende fehlen. Da gebietet es schon die einfache Pflicht der Höflichkeit, die Speisen auch einmal weiter zu reichen. Wird das am oberen Ende vergessen oder übersehen, so bittet der vernachlässigte Theil darum. Kann man vor lauter Unterhaltung nicht hören, dann bedient man da unten sich selbst, um so mehr, wenn die Diener ihre Pflicht vergessen." Der Inspector sah den Baron groß an und erwiderte: "Verzeihung Herr Baron: ein System läßt sich auf kein Bild bauen, sei es auch noch so schön. Unterschiede zwischen Mein und Dein müssen sein; denn darauf beruht nach meiner Meinung die ganze heutige Bildung, der gesammte Culturfortschritt. Ein Mann von Ihrer Stellung dürfte das doch wohl nicht erkennen." — Mag sein, gabte der Baron, bin auch schon bestohlen und betrogen worden, darum aber habe ich doch noch Niemanden gleich in's Buchthaus gebracht. Ich will mich nicht als Muster aufstellen; aber soviel muß ich sagen: wenn es Alle machen wie ich, es würde weniger Büchtlinge und Buchthäuser und trotzdem nicht mehr böswilliger geben als jetzt." Es hatte inzwischen die arme Regina mit ihrem Säugling zur Ruhe gebracht und trat mit dem erhebenden Bewußtsein ins Zimmer, heute einmal einer zurechtgestutzten Romanarmuth als gute Fee geholfen zu haben. Der Grubeninspector verabschiedete sich und ritt nach Hause.

Am nächsten Morgen brachte ihm der Obersteiger die überraschende Meldung, sämtliche Arbeiter hätten die Arbeit niedergelegt. Sofort sprang er aus dem Bett, kleidete sich an und trat in aufgeregter Stimmung unter die Leute, die ihn sofort in dichten

Wunderbar ist diese sogenannte Regierungsmajorität zusammengekehrt, grundverschieden in ihren einzelnen Forderungen. Da aber eine der kleinen Fraktionen allein nicht erzwingen kann, was sie will, so stehen sie eben alle zusammen für die eine, und die eine Hand wölbt dann die andere. Da sind zuerst die Czechen. Ihr Endspiel ist die verfassungsmäßig gewährleistete staatsrechtliche Sonderstellung Böhmen, mit dem Mähren verbunden werden soll. Der Kaiser von Österreich soll auch König von Böhmen werden und sich in Prag zum Zeichen dessen seierlich krönen lassen. Um die Deutschen in Böhmen endlich ganz lahm zu legen, verlangt man noch eine Wahlordnung, welche die Czechen in jeder Weise begünstigt. Die Polen sind mit ihren nationalen Errungenschaften allerdings zufrieden, sie verlangen für ihre Zustimmung zu den Regierungsvorlagen aber große finanzielle Vortheile. Man soll ihnen die 70 Millionen betragende Grundentlastung schenken, 15 Millionen für Flussregulirungen schenken, Lokalbahnen schenken, ferner soll man ihnen, wie es in der politischen Verwaltung schon der Fall ist, auch die Administration der Bahnen übergeben und Alles, was Deutsch ist, aus dem Lande zu jagen gestatten. Sonst blicken die Polen gleichzeitig auf die Zukunft Österreichs, da sie ja nie aufhören, an die Wiederherstellung eines Königreichs Polen zu denken. Dann kommen die Slovenen, die ein Königreich wollen, dessen Umfang ihnen selbst noch nicht genau bekannt ist. Die Kroaten streben die Vereinigung Dalmatiens mit Croatiens und Slavonien zu einem selbständigen, von Ungarn ganz unabhängigen Königreiche an. Endlich die Klerikalen verlangen die Erhöhung des Einflusses der katholischen Kirche. Zu diesen Fraktionen gesellt sich dann noch eine nicht unbedeutende Zahl von Strebern, die Auszeichnungen und Vortheile aller Art für sich und ihre Wahlbezirke, und sogar Ministerposten ergattern möchten. Das Alles zusammengekommen, bildet die Slüze, in welcher die Regierung des österreichischen Kaiserstaates in parlamentarischen Fragen ihre Hilfe sucht.

Nach dem Gesagten kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Deutschen allen diesen Parteien ein Dorn im Auge sind; die Deutschen wollen nicht, daß irgendwo im österreichischen Kaiserstaat eine Nation von einer anderen unterdrückt wird, sie wollen nicht, daß die Macht Österreichs, der Einheitsstaat durch ein halbes Dutzend Sondermonarchien geschwächt wird, in welchen letzteren nur kleinliche Intrigen, persönlicher Ehrgeiz und Streberthum ihr Wesen treiben würden. Gerade weil wir mit Österreich durch eine enge Allianz verbunden sind, müssen wir den Kampf unserer Stammesgenossen mit ganzer Theilnahme verfolgen. Ein einheitliches Österreich ist für uns werthvoll, ein innerlich zerklüftetes von nur geringem Nutzen. Und weil unsere Landleute das wirklich Gute wollen, werden sie auch zuletzt den Steg haben.

Gruppen mit finsternen Blicken umschlossen. Was heißt das? fragte er. Warum fahrt ihr nicht an? Einen Augenblick herrschte Todesstille. Dann aber trat ein ergrauter Bergmann vor und sprach: "Herr Inspector, mit der 10-stündigen Schicht, das hält kein Pferd aus; wenn wir nicht wieder mit 8-stündiger Schicht wie sonst —" „Aber, schnitt der Inspector die Rede ab, es ist ja nur auf kurze Zeit und Ihr Alle wißt auch weshalb, zudem thut Ihr's doch nicht umsonst. —"

"Und dann, fuhr der vorige Sprecher fort, müssen auch die Todesmarken wieder abgeschafft werden." Bei diesem Namen wurde der Inspector purpurrot. Er hatte zur bessern Uebersicht Controlmarken eingeführt. Beim Ansfahren wurden sie ausgetheilt, und beim Ausfahren abgeliefert. "Es heißt wohl, meinte der Sprecher weiter, das sei nur von wegen, ob Jemand fehlt und wem etwas Menschliches passirt sei. Da sind wir aber der Meinung, das kann auch so ganz leicht ermittelt werden, und dann brauchen wir Bergleute auch nicht gerade auf den Tod zu lauern; der lauert genug auf uns. Es heißt: man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Wir verlangen also wieder unsere 8-stündige Schicht, und die Todesmarken nehmen wir nicht!" Der Inspector war leichenblau geworden, denn die Sache schien sehr ernst zu werden. „Ihr seid aufgehetzt, rief er mit zitternder Stimme. Es fragt sich aber, wer es redlicher und besser mit euch meint, ich oder diejenigen, welche nur ihre eigenen Zwecke verfolgen und euch vorschreiben. Ich will aber eure Wünsche in Erwägung ziehen; doch Ordnung muß sein. Fahrt an!" Ein dumpfes Murmeln lief durch die Reihen. Niemand gehorchte. Doch trennte sich die Menge ruhig und ging nach Hause.

Ein Gildeote flog sofort mit einem Telegramm zur nächsten Station. Am andern Morgen schon traf ein geheimer Bergrath als Vertreter der Direction auf der Grube ein. Der Inspector Grabbe erstattete einen ausführlichen Bericht über seine Thätigkeit und die Vorgänge der letzten Zeit bis zu dem ausgebrochenen Streite. Der Geb. Bergrath hörte aufmerksam und höflich zu. Dann hiß er den Inspector abtreten und ließ durch den Sekretär einige der ältesten Unterbeamten und den Oberschichtmeister zu sich rufen. Die Konferenz dauerte ziemlich lange. Endlich erhoben der Oberschichtmeister bei dem Inspector und sagte mit

Tageschau.

Thorn, den 17. Juni 1885.

Der Kaiser empfing am Dienstag Vormittag verschiedene Hofchöre, denen er seine Befehle für das Begräbnis des Prinzen Friedrich Karl ertheilte. Im Laufe des Tages flatterte der Kronprinz und die Prinzessin Wilhelm mit ihrem ältesten Sohn Besuch im Palais ab. Abends unternahm der Kaiser wieder eine Spazierfahrt.

Der Kaiser hat folgenden Armeebefehl erlassen: Mein Haus, Meine Armee und Unser ganzes Vaterland haben durch den heute erfolgten, Mich tiefeschißtenden Tod Meines Neffen, des Prinzen Friedrich Karl von Preußen königliche Hohheit, Generalfeldmarschall, einen sehr schweren Verlust erlitten. Es werden viele Herzen mit Mir trauern, die eine warme Empfindung für unsere Waffenehre haben, und dessen eingedenkt sind, daß der verstorbene Prinz von frühesten Jugend an der Armee mit allem seinem Denken und Streben angehört, der ganz jung schon kein Blut für die Waffenehre vergoss, und die er dann in drei Kriegen fortgesetzt zum Ruhme und zum Siege geführt hat. Hohe Ehre sei seinem Andenken, welches für alle Zeiten in der Geschichte die eines preußischen Prinzen würdige Stelle finden wird. Der Armee aber wird es ein tief empfindenes Bedürfnis sein, auch die äußeren Trauerzeichen für den in der selben so hochverehrten Prinzen anlegen zu dürfen und bestimme ich dazu Nachstehendes: 1. Sämtliche Offiziere der Armee und Marine legen vom Tage des Einganges dieser Ordre ab 3 Wochen hindurch den Trauerschleier um den linken Unterarm an. 2. Bei dem 8. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 64 (Prinz Friedrich Karl von Preußen), sowie bei dem Leib-Husaren-Regiment Nr. 1, dem Brandenburgischen Husaren-Regiment (Bieten-Husaren.) Nr. 3 wählt diese Trauer 4 Wochen.

Für den Prinzen Friedrich Carl fand Montag Abend in Jagdschloß Glienicke eine Leichenfeier statt, der die Familie und der Hofstaat des Verstorbenen, sowie der deutsche Kronprinz beiwohnten. Der einfache eigene Sarg war im Arbeitszimmer offen aufgebahrt, die Leiche mit dem rothen Attila der Böhmischen Husaren bekleidet. Hosprediger Rogge hielt die Leichenrede. Um 7 Uhr erfolgte die Überführung des reich mit Kränzen geschmückten Sarges unter Glockengeläut nach der Dorfkirche von Glienicke; die Leitdragenden folgten zu Fuß dem Sarge. In der Kirche fand dann die Einsegnung durch denselben statt, und wohnten dieser Ceremonie die in Potsdam anwesenden Prinzen und Prinzessinnen, sowie die Spitzen der dortigen Behörden bei. In der Nacht zum Donnerstag wird der Sarg unter militärischer Eskorte nach der Garnisonskirche in Potsdam übergeführt werden, wo am nächsten Tage die offizielle Todtenfeier abgehalten werden wird. In der Nacht zum Freitag wird der Sarg in der Kirche zu Nikolskoë bei Potsdam beigelegt, wo auch bereits die Eltern des Prinzen ruhen. Außer Deputationen der preußischen Regimenter, deren Chef der Prinz gewesen, werden auch solche von seinem russischen und österreichischen Husarenregiment er-

feierlichem Tone und mit übermäßiger Verbiegung: Der Herr Geheimrat läßt den Herrn Inspector bitten, sich gesäßt zu demselben bemühen zu wollen! und schritt gravitätisch und mit spöttischer Miene an ihm vorüber. War dem Inspector schon vorher die Art und Weise, wie der Vertreter der Direction die Sache ansah, sonderbar vorgekommen, so erschien ihm seine Citation auffallend. Doch der Geheimrat war sein Vorgesetzter und er mußte gehorchen.

Als der Inspector eintrat, fand er das kleine Männchen mit dem weißen Haar und Bart und der goldenen Brille viel freundlicher als vorher. Er verneigte sich schwiegend und wollte stehenbleiben. Bitte, sezen Sie sich dort! Der Inspector nahm Platz. „Die Direction, Herr Inspector, ist mit Ihrem Dienstleiter vollkommen zufrieden, ja sogar mehr als zufrieden.“ dabei lächelte der alte Herr sehr schläfrig; der Inspector, der wohl fühlte, was in der Betonung lag, biß sich auf die Lippen. „Aber offen gestanden, fuhr der Greis fort, lediglich Ihr Eifer hat uns die böse Situation geschaffen, aus der wir wohl nicht anders als durch einen Vergleich herauskommen werden. Wollen wir die 10-stündige Schicht retten, dann werden wir auf die sogenannten Controlmarken verzichten müssen. Der Inspector schwieg. Und dann, fuhr das Männchen in komischer Ernst fort, Sie Unglücksfallster! was hilft Ihnen die Anerkennung der Direction, wenn Sie sich die allerhöchste Gnade unseres gewaltigen Herrn, des Oberschichtmeisters, zugezogen haben?“

Mit Ruhe und Würde fragte der Inspector: „Herr Geheimrat, haben Sie meinen letzten Bericht gelesen?“ „Freilich, freilich, haben wir das; verwöhnt, wie der Mann nun einmal ist, nimmt er sich manchmal etwas zu viel heraus. Aber es wird doch nicht anders gehen, als daß wir ihm den Bau bewilligen. Nur er kann die Leute wieder zur Vernunft bringen.“

„Ja, nachdem er sie erst aufgewiegt hat,“ ergänzte der Inspector.

„Können Sie das auch beweisen?“ fragte Bergrath in trockenem, aber doch scharfen Tone. „Und dann, mein lieber Herr Inspector, haben Sie in der großen Rede, die Sie hier gehalten haben, Andeutungen gemacht, die höheren Orte sehr ungünstig vermerkt worden sind.“

Fortsetzung folgt.

wartet. Der Schlaganfall, dem der Prinz erlegen ist, soll durch Störungen in der Blutcirculation herbeigeführt sein, an denen der Prinz trotz seiner mächtigen Lebensweise schon länger litt. Er trank nur wenig und leichten Wein, eben weil ihn die Ärzte gewarnt hatten.

Mit dem Tode des Prinzen Friedrich Carl ist die Zahl der Generalfeldmarschälle, von denen er der älteste war, wieder um einen vermindert worden, nachdem ihm im Laufe eines Jahres bereits zwei im Tode vorangegangen sind: Prinz August von Württemberg und Herwarth von Bittenfeld. Die preußische Armee hat dennoch nur 3 Generalfeldmarschälle. Den Kronprinzen, den Grafen Moltke und den Freiherrn von Manteuffel (ist inzwischen auch verstorben, siehe Depeche d. Reb.)

Der deutsche Innungstag in Berlin, der Montag seine Berathungen begonnen hat, hat der Einführung des Befähigungsnachweises bei Eröffnung des Gewerbebetriebes zugestimmt, ferner sich dafür ausgesprochen, daß nur Innungsmeister Lehrlinge halten sollen, dagegen Nichtinnungsmeister auch zu den Kosten der Innung beitragen sollen. Das verlangt die Innung für sich; was will sie denn aber für das Handwerk thun? Das sollte doch zuerst erörtert werden. Die Innungen sind noch nicht das Handwerk, sie müssen beweisen, daß sie ihm förderlich seien, es geben können. Durch Beschlüsse, wie die vorgesehenen, schaffen sich die Innungen aber keine Freunde; wer mit Zwang zum Beitritt genötigt wird, ist ein sehr unzuverlässiger Kämpfer. Das sollten sich die Herren doch merken!

Der Londoner Daily Telegraph schreibt über die Stellung Deutschlands und Englands zum Sultan von Zanzibar: Die beiden Regierungen befinden sich, was Zanzibar angeht, im vollsten Einverständnis. Es ist kein Schritt in jener Angelegenheit geteilt, über den man nicht vorher gemeinsam berathen hätte, und von beiden Seiten werden die schwedenden Unterhandlungen in einer Weise geführt, die jedes Misstrauen ausschließt und von den gegenwärtig freundlichen Gesinnungen Zeugnis ablegt. Diese Mittheilung steht im ersten Teil Gegen- satz zu den Alarm-Nachrichten anderer Londoner Blätter, die gern einen neuen Zwist zwischen Berlin und London hervorru- sen möchten.

Das Provinzial-Schulcollegium von Pommern macht bekannt, daß der Kaiser mittels Allerhöchster Cabinetsordre genehmigt hat, daß das Königliche Gymnasium in Pyritz fortan den Namen "Bismarck-Gymnasium" führe.

Die beiden englischen Fischkutter, die wegen wil- derrechtlichen Fischens in deutschen Gewässern arretirt waren, sind jetzt wieder freigegeben.

Von den Abgeordneten Herbst und Plener wurde eine Con- ferenz der deutschliberalen Abgeordneten für den 21. Juni nach Wien zur Feststellung der Haltung und Organisation der Partei einberufen. Die alten Führer machen Anstrengungen, die deutsch-nationalen Abgeordneten von der Gründung des deut- schen Clubs abzuhalten, was aber ohne weitgehende Zusagen kaum gelingen kann.

Gegen die Verweltlichung der Gelehrten-Kirche, in der Victor Hugo begraben liegt, hatte bekanntlich der Erzbischof von Paris protestiert und darauf vom Unterrichtsminister einen recht scharfen Verweis bekommen, welcher sich dahin ausdrückte, daß der Prälat sich um diese Sache gar nicht zu kümmern habe. In den letzten Tagen ist von dieser Sache nicht mehr gesprochen, aber bezeugt ist sie nicht, sondern der römische Stuhl hat sich des Erzbischofes angenommen. Die Regierung kann nun freilich keine Aenderung eintreten lassen, das ist nach der Sage unmöglich, aber vielleicht versucht sie doch, die Kirche zu beschwichtigen. Einen offenen Kampf mit Rom wagt Herr Britton doch noch nicht.

Weitere Depechen aus London besagen, daß Lord Salisbury von seinen eigenen Parteigenossen die Neubildung des Ministeriums gewaltig erschwert wird. Einer der conservativen Führer will einen noch hervorragenderen Platz im Ministerium haben, als der Andere, und daran hapert denn schließlich Alles. Namentlich ist es der conservative Heitzvor, Lord Churchill, der seine Forderungen gewaltig hoch schraubt. Daneben hat Salisbury noch fortwährend Angst, die Liberalen, die im Unterhause die Majorität haben, möchten ihm noch vor den Neuwahlen ein Bein stellen.

Prozeß Stöcker wider die „Freie Zeitung“.

(Schluß.)

Nach kurzer Replik und Duplik nimmt R.-A. Mundel das Wort zu seinem Plaidoyer. Ich sehe den Zeugen Herrn Stöcker nicht mehr in diesem Saale; es tut mir sehr leid, weil möglicherweise doch noch eine Frage im Laufe des Plaidoyers an den Herrn Zeugen nötig werden möchte. Präf.: Der Herr Staatsanwalt hat mich fragen lassen, ob ich gegen die Entfernung des Herrn Zeugen Stöcker etwas einzuwenden hätte; ich habe ihm erwidert, daß von meiner Seite dem nichts entgegensteht. Rechtsanwalt Mundel: Dann nehme ich an, daß der Herr Stöcker nunmehr denjenigen Respect vor der Vertheidigung erlangt hat, den wir vorher an ihm vermissen zu müssen glaubten. Die Lage, in die wir heute alle gekommen sind, nämlich weit weniger von dem Angeklagten zu hören, als von dem Hauptzeugen, ist sehr bezeichnend und auch der Herr Vorsteher, der doch den heutigen Verlauf nicht vorahnen konnte, verfaßt und nannte im Eingange die Sache eine Stöcker-Sache und keine Bäder-Sache. Das ist sie in der That, m. h., ich glaube nicht, daß sich dies damals voraussehen ließ. Es läßt sich allerdings voraussehen, es wird diese Bäder-Sache oder Stöcker-Sache mit einer Verurtheilung des Bäder enden müssen, denn ich bin selbst der Meinung, daß gegen die Anwendung des § 185 sich nichts wird vorbringen lassen. Ich rede daher nicht auch die größte Heizung, welche gegen die liberale Presse vorausgegangen sein mag. Denn ich habe es immer so gehalten, man soll nicht auf die Kampfweise des Gegners hinabsteigen, wenn er mit unwürdigen Mitteln angreift. Dass solche unwürdige Mittel angewendet worden sind, namentlich im Wahlkampfe von 1881, u. d. in der Kampfweise namentlich des beleidigten Herrn Hofprediger Stöcker solche angewendet worden sind, ist nicht zu bezweifeln. Von dieser Kampfweise möchte ich den Ausdruck „Unzucht der Sprache“ wenigstens für hübsch erachten, er bedeutet das, wogegen sich der anständige Mensch sträubt aus Widerwillen gegen den Begriff und was er nur dann ausspricht, wenn er nothgedrungen muß, wie z. B. ein Staatsanwalt oder ein Richter in dieser Lage kommen können, wie ich es als einen Vorzug der Vertheidigung erachte, daß es uns gelingt, meistens derartige unläufige Ausdrücke zu umgeben. Derartige Ausdrücke finden sich nicht nur in jener Canalisationsphrase, sondern auch da, wo von dem Teotea gesprochen wurde, aus dem die Thiere fressen — hier die Menschen — eine Ausdrucksweise, welche sich darin gefällt, welche mit Bebagten schmutzige Bilder aussucht, die darf man allerdings als eine solche bezeichnen, die im Munde eines königlichen Hofpredigers überrascht. Ich will Schärferes nicht sagen. Aber wenn man dem Angeklagten einen Vorwurf daraus macht, daß er die heterogenen Begriffe Hofprediger und Lügner gegenüberstellt, so wird man gegenüber diesen Widersprüchen, die sich in den eigenen Auslösungen des Herrn Hofprediger finden, selbst diese Ausdrucksweise als möglichst zugegeben, sagen: wie kann ein Mensch solche Ausdrücke gebrauchen, wenn er nicht muß. Man hat mir einmal in meiner Jugend gesagt, je größer und gewaltiger ein Organismus, für desto größere Gegenäuse hat er Platz. Dann muß der Herr Hofprediger ein großer und gewaltiger Organismus sein, wenn er für Anstand und dessen contradictionen Gegenäuse, wie es sich hier zeigt, Platz hat. Man mag

wohl streiten darüber, ob ganz allgemein in der Politik jeder Angriff auf politische Gegner als durch § 193 gesetzlich angesehen werden kann, hier aber handelt es sich aber um die bevorstehende Wahl, hier war nicht der Kreis der politischen Gegner überaupt, sondern der Kreis derjenigen hauptsächlich angerufen worden, welche den zweifelhaften Vortrag genossen, die Möglichkeit zu erleben, daß Herr Stöcker als ihr Vertreter gewählt wird. Es handelt sich also darum, das Recht, welches jeder Einzelne hat, die Ehre einer solchen Vertretung mit allen Mitteln abzuwehren von sich, zu schützen. M. h. Dazu gehört auch eine etwas derbe Sprache, so darf nicht, wie Herr Stöcker redet, der sich allerdings ganz besonders selber Reden bedient. Was ich von seiner Gesellschaft hier gesehen habe — ich bin dem Herrn Staatsanwalt aufrichtig dankbar für die Bekanntmachung von Zeugen, wie Lahr, Maße u. — das verträgt allerdings wohl ein starkes Wort; so tief gehen die meisten Agitatoren der anderen Parteien nicht hinab, und es ist nicht genug anzuerkennen, daß Herr Stöcker in seiner christlichen Barmherzigkeit in die allerletzten Tiefen hinabgestiegen ist und von da einige Anhänger mit herausgebracht hat. Der Herr Staatsanwalt meinte, man müßt unter Umständen derb wirzig sein, — aber der Witz fehlt bei ihm — um sich gewissen Leuten verständlich zu machen. Nun wohl, das mußte der Angeklagte auch, und wenn er es nicht that, so wirkte es nicht; es sollte aber wirken. Wollte man vor einer Volksversammlung mit der juristischen Umübung von Diebstahl und Verleumdung Erfolg zu erzielen meinen, so würde man dies nicht verstehen: aber die landläufigen Ausdrücke dafür wären immer noch nicht das, was das Canalisationsdeutsch des Herrn Stöcker sagt. Glauben Sie denn nicht, daß es eine große Anzahl von Leuten gibt, welche glauben, daß es nicht wünschenswert wäre, wenn Herr Birchow im zweiten Berliner Wahlkreis von Herrn Stöcker abgelöst würde, obwohl der eine Hofprediger ist, der andere nicht? Meinen Sie denn nicht, daß es viele gibt, welche der Hoffnung leben, daß sich die Überzeugung immer weiter verbreiten und einst Allgemeingut werden wird, daß es gut gewesen, wie es gekommen ist? Und wenn man dann in solcher aus ehrlicher Überzeugung entsprungener und darum gerechter Überzeugung einmal die starken Ausdrücke etwas kräftig wählt, so untermischt man sich dem Strafgesetze und muß Strafe leiden. Aber es ist eine Strafe, die man gern leidet, wenn nur das Ziel erreicht wird. Und ich meine, wenn Sie in die Lage kommen, wie ich vermute, aus § 185 eine Strafe gegen den Angeklagten auszusprechen, meiner Überzeugung nach kann dabei eine Gefängnisstrafe überhaupt nicht in Frage. Er wird die Strafe gern zahlen. Angefahrt dessen, was diese dreitägige Verhandlung an Früchten wirklich erbracht hat. Denn wenn wir einen Beweis haben wollten, kurz gefaßt, das Compendium, gewissermaßen zum Gebrauch für Schulen, darüber, was Herr Stöcker an falschen Thatfunden in seinen Angaben nachgewiesen ist, dann empfehle ich jedem zum Nachlesen das Plaidoyer des Staatsanwalts. Er kam zu einem Resultate nicht, er hatte auch eine schwierige Aufgabe zu erfüllen, um die ich ihn nicht beneide, aber überall blieb die Wahrheit durch, daß der Beweis der Vertheidigung gut geführt war, so weit der § 185 in Frage gestellt ist. Wer könnte darüber Bedenken haben. Von meinem Herrn Vorgänger ist der Fall bezüglich der Thüringer Konferenz ausführlich beprochen worden, jener Punkt, daß Herr Stöcker nicht in die Debatte eingegriffen habe. Nun, wenn ich richtig geahnt habe, so hat er neun Worte gesprochen: „Wir verlangen in Vena nichts weiter als unser Recht.“ Er batte es vergessen. Aber er hat doch eingegriffen in die Debatte mit kurzem schlagenden Wort, mit oder ohne Aufforderung, kommt nicht in Frage. Ausreden will er sich, das versteht er, das habe ich gelehrt; aber es glückt ihm nicht immer. Er hat gesprochen und das war entscheidend. Was spricht denn gegen den vernommenen Herrn Superintendenten? Er ist selbst Pastor und bat es so empfunden, und er hat es wohl besser empfunden, was in jenem Augenblick entscheidend war. Herr Stöcker hat's vergessen. Für manche anderen Dinge hat er ein ganz gutes Gedächtnis. Ich würde es ihm ja auch hier gern glauben, wenn er nur mit dieser Entschuldigung nicht ungeheure oft fäme. Denn, meine Herren, es folgt dann gleich chronologisch die Antisemitismus-Petition. Nun, ich wußte nicht, wollte der Herr Staatsanwalt auf seinen Hauptzeugen eine Satyre abgeben oder war es ernst, was er sagte. Herr Stöcker bat die Partei anscheinend zweimal unterschrieben. Er antwortete auf die erste Frage ein deutliches „Nein!“ Und da sagt der Herr Staatsanwalt, er hätte ja nicht sagen können. Er sonnte den Hofprediger Stöcker nicht besser darstellen. Das ist der Mann mit der Doppelzungue, der ja und nein für beides und eine Rechtfertigung stets auf Lager hat. M. h. Jeder ehrliche Mann, jeder politisch anständige Mann, der doch weiß, daß in dieser Sache, die sein Werk ist, er einmal eine Unterschrift gegeben hat, wie darf der auf eine solche Frage, wenn er unterschrieben hat, sagen: „Nein, ich habe nicht unterschrieben, weil er bei sich den Vorbehalt, reservatio mentalis nennen es die Juristen, zu denen doch bis jetzt Herr Stöcker nicht gehört, weil er evangelischer Hofprediger ist — weil er den Vorbehalt sich macht, ich habe die Unterschrift wieder weggeschwemmt.“ Wenn er das, was er vor dem Abgeordnetenhause zu thun die Kühnheit hatte, thäte unter Eideszwang, vielleicht brauchte der Herr Staatsanwalt die Richter, die ihn dann verurtheilen würden, sowieso nicht zu suchen; ich glaube, er könnte sie ganz in der Nähe finden. So war es mit dieser Antisemitismus-Petition, mit dieser Gründerliste, wo er erst spricht vom „Gentanz um das goldene Kalb“, wo er alle nicht genannt hat. Aber er hat die Leute doch bestürzt. Und nun, gedrängt und gequält zwischen zwei hartem Gegenständen, giebt er den Ton von sich, nicht als ob er an die Wand gedrückt wäre: „es giebt ja auch gutartige Gründer und diese sind gutartig gemessen.“ Vielleicht ist dies genügend. Als Aufrichtigkeit könnte ich es nicht empfehlen, als Prinzip der christlichen Erziehung in Familien würde ich es für äußerst verständlich halten. Die deutsche Sprache hat für solche Saden das Wort „Doppelzungigkeit“ und der Herr Hofprediger weiß: geht's nicht platt vorher, so muß man auch hier und da eine kleine Sramme mit in den Raum nehmen und ich denke, daran wird's ihm in diesem Falle nicht gefehlt haben. Herr Stöcker ist ein „christlich-milder“ Mann und deshalb erbarzt er sich ebenfalls Budhabäuser, um sie zur Erziehung des Volkes in literarischer Beziehung zu verwenden oder er entdeckt in braven Portiers plötzlich solche Talente, daß er sie zur Redaktion seines Leiborgans für fähig hält. Das ist doch geradezu eine Verhöhnung alles dessen, was man sonst auch im allgemeinen journalistischen Leben nicht gerade für sehr nobel hält. Den Anforderungen des politischen Unstandes im Abgeordnetenhause zeigte er sich nicht gewachsen, aber auch die Anforderungen der redlichen, ehrlichen Geschäftsführung hat er nicht erfüllt, denn die Sache mit den durch einen Schuldchein erzielten 2000 Mark entspricht diesen Anforderungen nicht ganz. Was würde wohl der Herr Staatsanwalt sagen, wenn ein Kassenverwalter, der zu bestimmtem Zweck eine Summe Geldes erhält, dieselbe einfach für sich verwendet und der Revisor dann an Stelle des Gelds später einen Schuldchein des Kassenverwalters vorfindet. Wenn somit der Nachweis klipp und klar erbracht ist, daß der Hofprediger Stöcker nicht bloß gegen die gewöhnlichen Anstandsfehlern, sondern auch gegen die Anstandsfehlern einer ehrlichen und redlichen Geschäftsführung vergangen hat, so verschwindet diese Feststellung doch gegen die Thatache, daß — was bei einem religiös so hoch veranlagten Menschen doch schwer ins Gewicht fällt — er sich auch vergangen hat gegen die Eidesfehler, über welche er so schöne Worte gehabt hat, daß er diesen Eid nicht so respektirt, wie er sonst für seine Pflicht zu halten pflegt. Es ist nachgewiesen worden, daß Herr Stöcker, er mag sich drehen und wenden, wie er wollte, einen falschen Eid geleistet hat; daß er sich verzuschen würde, war vorauszusehen, daß er das Herausreden versteht, ist zur Genüge bekannt. Ein Umstand könnte für Herrn Stöcker mildern in die Wage fallen. Der Herr Staatsanwalt hatte schon die Güte, als die Affäre mit den Esther Solyomossy erörtert wurde, zu bemerken, daß Herr Stöcker einige wesentliche Unterschiede in dem, was damals die Zeitungen geschrieben und in dem, wie er dies aufgefaßt hat, nicht zu begreifen scheine. In der That scheint er Manches nicht zu begreifen, was für jeden verständigen Menschen leicht begreiflich erscheint. Ich denke: Soweit der Artikel Thatfunden enthält, sind sie Punkt für Punkt festgestellt und müssen als erwiesen gelten. Ich bitte aber dringend, noch folgendes zu erwägen: Die Artikel sind geschrieben aus einem ehrlichen Gefühl heraus, aus dem Abschluß über das Treiben dieses Mannes, aus der Gewissenspflicht, diesem Manne die Maske vom Gesicht zu reißen, der da präsentirt, daß der II. Berliner Wahlkreis der Ehre theilhaftig würde, durch ihn vertreten zu werden, und der da meinte, einen Mann wie Birchow verdrängen zu können. Die Artikel sind aus dem Gefühl heraus geschrieben, daß der Keutenschlag endlich einmal niederglassen müßte: die Artikel haben sich Anlaß gegeben und die Verhandlung hat diese Anregung in dankenswerther Weise fortgesetzt. Ich bitte deshalb, soweit der Gerichtshof annimmt, daß ein Berstoss gegen § 185 vorliegt, mit Rücksicht auf das Gute, was der Prozeß gefestigt hat, überall mildern die Umstände walten zu lassen und ein Geldstrafe auszusprechen, die der Höhe desjenigen entspricht, der beleidigt worden ist. Die Höhe der Geld-

strafe will ich nicht taxiren — meine Taxe könnte sonst vielleicht etwas gar zu niedrig ausfallen.

Staatsanwalt: Ich habe es bisher immer für die hohe Aufgabe des Staatsanwalts, wie der Vertheidigung gehalten, möglichst die Objectivität walten zu lassen und die Leidenschaften möglichst zu unterdrücken, anstatt sie zu entfesseln. Deshalb habe ich mein Plaidoyer so knapp wie möglich gestaltet und deshalb habe ich auch die einzelnen Punkte nur so kurz wie möglich berührt. Es hätte mir sonst sehr nahe gelegen, auch auf die Kampfweise derjenigen Presse, welcher der Angeklagte anhört, näher einzugehen. Ich bedauere, daß die schon so schlechte Atmosphäre in diesem Saale diesmal verschärft ist, nicht durch den Angeklagten, sondern durch die Art und Weise, wie die Vertheidigung jede Gelegenheit benutzt, um wieder neue Anklagen auf den abwehrenden Zeugen Stöcker zu häufen, Anklagen, die notwendiger Weise doch wieder zu neuen Erhebungen und Erörterungen führen müßten. Ich unterlasse es deshalb, darauf zu antworten.

Rechtsanwalt Sachs: Ich erwidere dem Herrn Staatsanwalt, daß ich nicht gewohnt bin, Belehrungen von ihm darüber anzuhören, wie ich mich in einem Plaidoyer zu verhalten habe, ebenso wenig, wie ich Belehrungen dieser Art zu Theil werden lasse. Wenn aber der Staatsanwalt meint, daß die Leidenschaften durch die Vertheidigung entfesselt sind, so weise ich einfach darauf hin, daß der Präsident keinerlei Veranlassung gefunden hat, mich zu rechtfertigen. Was dann das Wort von der Verfälschung der Atmosphäre betrifft, so ist diese Ausdrucksweise mindestens nicht sehr glücklich gewählt, denn sie erinnert doch einigermaßen an die von uns gerügten Bilder, die sich in Stöcker'schen Reden vorfinden. Nicht unsere Leidenschaft verschärft die Atmosphäre, sondern das, was wir aus der Rüstammer der Stöcker'schen Journalistin an Schlechtem und Niedrigem hier auszufrämen genötigt waren.

Rechtsanwalt Mundel: Ich erhebe aus den Bemerkungen des Herrn Staatsanwalts zu meinem Bedauern, daß sich doch ein leiser Anflug von der Stöcker'schen Canalisations-Redeweise auch in seinem Plaidoyer verirrt hat.

Vorsitzender (unterbrechend): Ich glaube von mir behaupten zu können, daß ich redlich bemüht habe, aus diesen Verhandlungen im allgemeinen Interesse jede persönliche Höflichkeit möglichst fern zu halten, und ich glaube, daß, wo hier und da ein hartes Wort aus meinem Mund erklungen sein sollte, dies wohl seine Entschuldigung darin finden kann, daß es ungemein schwer ist, die Rübe immer da zu behalten, wo einem das an und für sich schon schwer Amt noch vielfach ungemein schwer gemacht wird. Ich habe beiden Seiten den weitesten Spielraum gelassen und will dem zweiten Herrn Vertheidiger nicht verbieten, daß nach meinem Gefühl der satirische Ton, in welchem er die Vertheidigung fürführte, nicht immer derjenige war, der dem großen Ernst der Sache ganz entsprach. Seine letzte Bemerkung aber muß ich als verleidend entschieden zurückweisen. Das geht mir über die zulässige Grenze doch hinaus, und nun bitte ich den Vertheidiger, in dem Tone des Anstandes und der Höflichkeit in seinem Plaidoyer fortzufahren.

Rechtsanwalt Mundel: Sie haben, Herr Präsident, den Ton, welchen ich angeklagt habe, in einen gewissen Gegensatz gebracht zu dem Tone der Höflichkeit und Anständigkeit. (Der Vorsitzende widerspricht). Ich constate, daß Sie es als zulässig erachtet haben, daß mir der Staatsanwalt eine Verfälschung der Atmosphäre vorwirft. Da Sie diesen Ausdruck zuließen, haben Sie ihn als parlamentarisch anerkannt. Ich habe mich dagegen verwahrt, in einer nach meiner Überzeugung mindestens ebenso parlamentarisch anerkannten Art. Wenn ich nun eine Belehrung darüber empfangen soll, was anständig ist und sich gehört, so kommt mir diese etwas spät. Ich weiß dies seit 25 Jahren bereits so gut wie der Herr Präsident und — ich bin sehr stolz — vielleicht noch etwas besser. Und wenn der Herr Präsident gefunden haben will, daß der von mir angeklagte Ton dem Ernst der Sache nicht angemessen sei, dann kennen Sie meinen Ton eben nicht. Glauben Sie etwa, ich über einen solchen Mann? O nein, es ist mir bitterer Ernst. Ist es etwa meine Schuld, daß ich meine Meinung über den Zeugen Stöcker in seiner Abwesenheit sagen muß? Ich hätte es ihm am liebsten laut ins Ohr gefaßt. Nicht die Leidenschaft beherrscht mich. Diese geht aus einem warmen Gefühl hervor, mein Gefühl diesem Manne gegenüber ist aber vorwiegendlich kalt — das fäste ich, das man haben kann. Ich will's dem Herrn Präsidenten nicht nennen, und wenn der Ton hier mißverstanden werden sollte, ich glaube, in der Offenheit wird man ihn versteifen! Was ich gesprochen, spreche ich nicht zum Scherz, sondern in tiefer, sittlicher Entrüstung, und vertrete ich vor diesem und vor jedem anderen Collegium, wenn mich der Staatsanwalt etwa mit einer Anklage bedenkt.

Staatsanwalt: Ich habe zu erklären, daß es mir vollständig fern gelegen hat, mich in so unfaubaren Phantasien zu bewegen, wie sie mir die Vertheidigung auf Grund meiner Worte unterlegen scheint. Wenn ich von der Verfälschung der Atmosphäre gesprochen habe, so war dabei ein rein äußerliches Moment, die große Hölle in diesem Saale, der anregende Factor. Aber ich erkläre, daß ich es unerträglich finde, wenn die Vertheidigung dazu benutzt wird, die Schwämmchen noch zu provozieren.

Rechtsanwalt Sachs: Ich bedauere, daß von dem bevorzugten Platz der Staatsanwaltschaft aus hier solche Anklagen gegen die Vertheidigung gerichtet werden. Präf. Lüthy verfehlt nochmals, daß es sein Bestreben gewesen sei, Echt und Schatten gleichmäßig zu verteilen, daß er nicht behauptet habe, daß der Ton der Vertheidigung die Grenzen des Anstandes überschreite, daß aber der satirische Ton des zweiten Vertheidigers eine gewisse Schärfe enthalte. Rechtsanwalt Mundel: Damit liegt das jedenfalls in meiner Natur. Präf. Das mag sein. Jedemal weiß ich nicht, weshalb der Vertheidiger sein Gefühl für Höflichkeit und Anständigkeit, welches er schon seit 25 Jahren kennt, höher stellen will als mein eigenes. Rechtsanwalt Mundel: Der Anstand, den ich seit 25 Jahren kenne, ist derjenige, der in Gerichtsräumen zu Hause zu sein pflegt. Sonst ist mir der Anstand schon seit 4 Jahren bekannt.

Der Präsident verkündet hierauf eine einstündige Pause.

Nach dreistündiger Berathung erscheint der Gerichtshof um 9 Uhr wieder in dem Saal. Der Präsident erklärt: Der Gerichtshof habe in der eingebundenen Weise bis jetzt berathen. Bei der Maßnahmefestigkeit des Materials aber habe sich der Gerichtshof über einzelne Punkte noch nicht schlüssig machen können. Es wäre also bei dieser Sachlage zweifelsfrei zu erwarten, daß sich die Verhandlungen resp. die Publication noch bis Mitternacht hinziehen würden. Mit Rücksicht hierauf und mit Rücksicht auf die persönliche Angeklagten habe der Gerichtshof beschlossen, die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr zu vertagen.

Berlin, den 16. Juni 1885.
Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lüthy eröffnet die letzte Sitzung im großen Schwurgerichtssaale Vorauftag 9^½ Uhr. Der Andrang des Publikums ist wieder ein massenhafter. Präf.: Ich habe neulich schon die Bemerkung gemacht, daß anonyme Angriffe, Drohungen etc. von mir abfallen. Es geht mit den anonymen ebenso wie mit den öffentlichen Ausfällen, Angriffen und Verunglimpfungen. Sie vrallen am besten ab, je rubiger, leidenschaftsloser, böher, ich möchte sagen vornehmer man sich ihnen gegenüber verhält. Ich habe wiederum einen solchen Drohbrief erhalten. Der Angriff nur mich, so würde ich darüber bindegangenen sein; das Collegium, welches gleichzeitig mit betroffen wird, ist aber der Ansicht, daß solche Dinge nicht ignorirt werden dürfen, weil die öffentliche Mittheilung zur Läuterung der Atmosphäre beiträgt. Der Vorsitzende läßt nunnebr einen Brief verlesen, welcher fast so klingt, als wäre er ein Theil eines Operetten-Libretto's und wartete nur auf einen Strauss oder Suppe, der ihn mit der üblichen Walzermelodie versiegt. Bis dieses große Werk gelungen, empfiehlt es sich, ihn nach der Melodie zu singen: „Wer da will ein lustiger Verchwörer werden

der ganz einfach glaubt, daß ein Zeuge schlechthin in einem Verfahren gegen einen Anderen verurtheilt werden kann, sodann ist dreierlei zu constatiren. Bielleit, wenn man mich später mit Schmuss bewirkt, dann weiß die Offenheitkeit wenigstens, warum; zweitens ist anerkennenswerth die Hochachtung des Republikaners vor der Unbesiechlichkeit deutscher Richter, und drittens ist zu constatiren der Respect dieses Schreibers vor der Selbständigkeit meiner Herren Collegen. Als wenn ich allein ein Erkenntniß möchte und meine Herren Collegen die reine Null wären. Wer da hätte unsernen Begehrungen beizuhören können, der hätte recht einst erkennen können, wie meine Stimme nur so viel ist, was sie nach dem Gelege sein soll, nur eine, nicht ein Atom höher oder besser. Im Uebriegen übergebe ich den Brief den Acten.

Hierauf läßt sich der Vorsitzende die Nummer der "Vossiz." von dem Vertheidiger geben, in welchem in einem Abdruck aus dem "Staats-societät" und dem "christ.-social. Correspondenzbl." eine Blumenlese Stöder'scher Schimpfsreden gegen die liberale Presse enthalten ist. Die Möglichkeit, solche Ausdrücke gebraucht zu haben, hätte der Zeuge Stöder zugegeben. — R.-A. Sachs: Ich möchte nur constatiren, daß auch die Vertheidigung mit ganzen Bergen von Briefen der schmäßlichsten Art bedacht worden ist. Sie bat diese Schmähschriften einfach ad acta gelegt. — Präf.: Ich mache es im Allgemeinen wie Sie: ich nehm' gewöhnlich von solchen Sachen keine Notiz, und erwähne nur die Sachen, die man nach meiner Meinung der Offenheitkeit nicht entziehen kann. — Nachdem allzeit auf weitere Anträge und Bemerkungen verzichtet worden, erklärt der Präsident die Beweisaufnahme nunmehr definitiv für abgeschlossen und der Gerichtshof zieht sie zur Verarbeitung zurück.

Das Erkenntniß des Gerichtshofes, welches für den Hofprediger Stöder geradezu vernichtend ist und welches wir deshalb nach stenographischen Aufzeichnungen nachfragen werden, enthält u. A. folgende Gesichtspunkte: Der Schluß des § 193. ist deshalb dem Angeklagten zu verlagen, auch die verhältnißwidrige Gründung, die bei ihm vorwurten mögen, gewähren ihm diesen Schluß nicht. Zweifellos hat der Angeklagte das Bewußtsein der Verteidigung gehabt, und die Form der Artikel sprechen für die Absicht der Verteidigung. Die Kriterien des §. 186. liegen deshalb unter allen Umständen vor. Was die Anwendbarkeit des §. 186. (nicht erheblich wahre Thatsachen) betrifft, so habe der Gerichtshof seine Prüfung in dieser Beziehung begrenzt gesehen durch die Artikel selbst; alles was außerhalb dieser Artikel liegt, habe er als illustrierendes Beimerk vertraten müssen. Daß der Zeuge Stöder auf der Thüringer Kirchenkonferenz das Wort ergriffen hat und später gesagt, er habe sich an der Debatte daselbst nicht beteiligt, ist wahr und erwiesen, die Thatsache, daß Zeuge Stöder die Antisemiten-Petition unterschrieben und nachher seine Unterschrift bestreift hat, ist ebenso wahr und erwiesen und wenn die Artikel auf Grund dieser Thatsachen ihre Schlusfolgerungen ziehen, so liegt darin nicht der Thatbestand des §. 186. Es kommt die Behauptung, daß der Zeuge Stöder für sein Blatt bestrafe Schrift vermerzt hat. Diese Behauptung ist durch die Beweisaufnahme erwiesen. Aschenbrenner kann hierbei ganz ausscheiden, wenn es auch noch so wenige angemessen erscheinen mag, einen Portier mit der Gegenzeichnung von Artikeln zu betrauen. Was den Käschmann anbetrifft, so war er erwiesenermaßen bestraft, und trotzdem hat ihn der Zeuge Stöder im Dienste seines Platzes verwandt, und er hat ihn nicht entlassen wegen seiner Verteidigung, sondern wegen seiner ungünstigen Leistung. Wenn der Zeuge Stöder sagt, daß es seine Aufgabe sei, bestrafen Menschen die rettende Hand zu bieten, so ändert dies an der Thatsache selbst nichts. Die betr. Behauptung des Artikels erscheint daher dem Gerichtshof als richtig, wahr, erwiesen. — Dann kommt der Zwiespalt zwischen dem Zeugen Stöder und dem Pastor Witte. Erwiesener Maßen hat Pastor Witte einem jüdischen motorisch hochbetriebenen Mitbürgern seiner Stadt auf die Initiative eines Herrn v. Wedell einen Titel mit verschaffen wollen. Diese Thatsache war dem Zeugen Stöder bekannt geworden. Der Zeuge Stöder war Kandidat bei der Reichstagswahl. Pastor Witte sollte auch candidieren, er hatte es aber für sehr angemessen gehalten, sich von politischen Agitationen fern zu halten und hatte einen Gegencandidaten in der Person des Fabrikbesitzers Hoppe vorgeschlagen und der Artikel behauptet, daß dadurch Stöder's Ehrgeiz an einer Aggression gegen den Amtsbruder Witte aufgestachelt worden sei. Es steht fest, daß Grineberg beauftragt war, in öffentlicher Versammlung den Pastor Witte anzugreifen und der Zeuge Stöder hat außerdem noch an den Lehter einen Brief geschrieben, in welchem er sagt, daß, wenn sein Amtsbruder bei seiner Absicht verbarre, er ihn fallen lassen werde. Die thatsächliche Behauptung, die daraus gezogen wurde, ist die: daß Zeuge Stöder aus einem Gefühl der Revanche und verletzten Ehregeiz, verkaufte seinen Amtsbruder in öffentlicher Versammlung hat angreifen lassen. Ob der Angriff wirklich erfolgt ist oder unmöglich wurde, weil die Versammlung aufgelöst wurde, ist gleichgültig; das, was der Angeklagte behauptet hat, ist erwiesen und festgestellt und der Thatbestand des § 186. liegt also sich vor. Unerwiesen hält der Gerichtshof die Behauptung, daß Nobiling Mitglied der christlich-socialen Partei gewesen, unerwiesen hält er ferner die Behauptung, daß der Zeuge Stöder Geld, welches ihm zu mildthätigen Zwecken überwiesen worden, zu Aktionsszwecken vertrieben habe. Das admitticulare Beimerk zerfällt in drei Gruppen. Die erste Gruppe betrifft die Vorgänge mit Ewald und Gen. Mag man den Eid des Zeugen Stöder für vorstichtig — oder, was näher liegt, für unvorsichtig halten, so scheidet diese Angelegenheit bei der Beurtheilung der vorliegenden Sache insoweit aus, als die Artikel im October 1884 geschrieben sind, der Eid aber erst im Januar 1885 geleistet ist. Die zweite Gruppe, welche die Angelegenheit des Cremieux, das Concordia, das Buch des Pastors Todt, den Prof. Eichel, Dr. Braudet betreffe, scheide nach Ansicht des Gerichtshofes bei der Beurtheilung der vorliegenden Sache aus. Höchst wichtig erscheine dem Gerichtshof dagegen die dritte Gruppe, zu welcher die Affaire Horwitz, Schleiden, das Abgrenzen der Unterschrift unter der Antisemitenpetition der Hexantanz ums Goldene Kalb, die Affaire mit Prof. Behnslag, die Frage der Thüringer Kirchenkonferenz, die Verwendung der zur Begegnung eines Invalidenhauses gegebenen Summe von 2000 Mark aehört. Der Gerichtshof ist der vollen Überzeugung gewesen, daß in all diesen Angelegenheiten die Behauptungen des Zeugen Stöder mit den ermittelten Thatsachen mindestens nicht im Einklang, ja bald und bald in directem Widerspruch stehen, und daß die Erläuterungen und Entschuldigungen, welche der Zeuge Stöder für sein Verhalten gegeben, gesucht und verfehlt sind. — Ungeachtet der kolossal Widerprüche, in welche sich der Zeuge Stöder bei dieser ganzen Gruppe mit den thotsächlichen Ermittlungen gesetzt hat, hat der Gerichtshof die Möglichkeit eines Irrthums seinerseits doch nicht ausgeschlossen, zumal ihm eine große persönliche Ehrgeizinne wohnt, was sein vielfach uncorrectes Auftreten vor Gericht bewiesen. Auf der andern Seite ist der Gerichtshof nicht in der Lage gewesen, dem Angeklagten zu verargen, wenn er aus dem ganzen Auftreten des Zeugen Stöder, aus allen diesen Behauptungen und Widerprüchen, den Erklärungen und Zurücknahmen den Schluß zog, daß sich der Hofprediger Stöder bewußt mit der Wahrheit in Widerspruch gestellt hat. Milde und komme dem Angeklagten dieser Umstand zu Gute. Der müßte seinen und seiner Vater Glauben schlecht ehren, der nicht schließlich aufgeregzt und immerlich empört würde, wenn er solche Angriffe auf seinen Glauben sieht, namentlich wenn sie von einem Geistlichen ausgehen. Der Gerichtshof ist sehr gewillt, einem Verkäufer des göttlichen Wortes, der Liebe und Verböhnung einen besonderen Schutz des Gesetzes zuwähren — vorausgesetzt, daß sich der Geistliche aus politischer Agitation fern hält. Wer sich in den Strudeln politischer Agitation stürzt, darf es nicht übel nehmen, wenn er von dem Gericht bestraft wird. Der Präsident erklärte, daß der Gerichtshof ihm autorisiert habe, zu erklären, daß die Art und Weise, wie der Zeuge Stöder Behauptungen aufstellte und nachher widerruft, eine mindestens leichtfertige ist und daß sein Auftreten vor Gericht zu tadeln ist. Nach ernsten Erwagungen hat sich der Gerichtshof davor entschieden, daß er trotz aller Milderungsgründe dem Angeklagten eine Geldstrafe doch nicht auferlegen könne, daß er aber die Gefängnisstrafe doch nur auf 2 Wochen normieren solle.

Provinzial-Nachrichten.

Marienburg, 14. Juni. Gestern hielt hier der Verein zur Ausschmückung der Marienburg in der Aula des hiesigen Gymnasiums seine Generalversammlung ab. Anwesend waren 132 Personen. Gegen 1 Uhr wurde die Sitzung durch den Herrn Oberpräsidenten v. Ernsthausen eröffnet. Zum Abschluß erstattete derselbe einen eingehenden Bericht über die bisherige Thätigkeit des Vereins. Derselbe zählt zur Zeit 1365 Mitglieder und verfügt über ein zinsbar angelegtes Capital von 33,090 Mr. und einen Baarbestand von 337,27 Mr. Der im vorigen Jahre an die betreffenden Ressortminister gerichtete Antrag, eine Lotterie auf 5 Jahre in Form der Kölner Dombau-Lotterie zu

genehmigen, ist günstig beantwortet worden. Für die Lotterie sind in Aussicht genommen 350,000 Lope á 3 Mr. und als Gewinne 315,000 Mr. in baarem Gelde und 60,000 in Kunstgegenständen. Dieziehung soll in Marienburg stattfinden. Da die von dem Minister bewilligte Summe, wie auch die vom Verein gesammelten Mittel nur für die Ausschmückung bestimmt sind, so würde naturgemäß die Hauptfahrt, der Ausbau des Schlosses, ins Stocken gerathen und darum wurde der Antrag gestellt, die eingekommenen Gelder zur Hälfte für den Ausbau und zur Hälfte für die Ausschmückung zu verwenden. Pag. I des Vereinsstatuts, der nur von Ausschmückung der wiederhergestellten Burg sprach, hat allerdings nur mit 10 Stimmen Majorität folgende Fassung erhalten: "Der Verein, der seinen Sitz in Marienburg hat, hat den Zweck, Geldmittel zur würdigen Wiederherstellung, Ausschmückung und Ausstattung der Marienburg zu sammeln." Der Antrag des Bürgermeisters Dr. Becker Marienburg, Sitz und Ziehung der Lotterie nach Marienburg zu verlegen, verursachte große Erregung. Namentlich trat Land-direktor Dr. Wehr dagegen auf, aber Professor Rautenberg wußte, wie die "R. W. M." berichten, die Gründe so handgreiflich zu machen, daß dieser Antrag durchging. Schließlich wurde der Acclamation beschlossen, den Kronprinzen zu bitten, das Protectorat über den Verein zu übernehmen.

— Riesenburg, 13. Juni. Die Unsitte der Schuljugend, sich an vorbeifahrende Wagen anzuhängen, hat gestern in Ortlich einem Knaben das Leben gekostet. Auf dem Wege zur Schule nach Baskowitz hatte er sich einem eilig vorbeifahrenden Wagen angehangt, wurde überschwunden und war auf der Stelle tot.

— Bromberg, 15. Juni. Eine dunkle Geschichte, die möglicherweise mit einer verbrecherischen Handlung in Verbindung steht, wird hier erzählt. Kurz nach dem Einlaufen des gestrigen Nachmittagszuges von Posen (4,57 Uhr) wurde in einem Coupé 2. Klasse die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts, in Papierseggen eingehüllt, aufgefunden. Der Schaffner Krause, welcher den Wagen zu bedienen gehabt hatte, befundete, daß das betreffende Coupé in Gnesen von einer Dame benutzt worden sei, welche in Tremessem den Zug wieder verlassen habe.

(Br. L.)

Notables.

Thorn, den 17. Juni 1885.

— Militärisches. Zur Inspektion des 11. Fuß-Artillerie-Regts. trifft der Commandeur der 2. Fuß-Artillerie-Brigade Herr Oberst Ridder am 21. d. M. hier ein. Die Inspektion nimmt am 22. d. M. ihren Anfang und erreicht am 25. d. M. ihr Ende. — Das 11. Fuß-Artillerie-Regiment rückt am 15. Juni zu den Schießübungen bei Glogau aus; es wird bis Kosten mit der Bahn befördert, von wo es in 3 Tagemärchen bis zum Schießplatz marschiert. Der Regimentsstab führt am 17. Juli mit der Eisenbahn direkt bis Glogau. — Der Königl. Major im großen Generalstabe, Herr Leyler, kommandirt als Generalstabsoffizier zur Commandantur in Thorn, ist für den Sommer 1885 mit militärisch-geographischen Rekognoscerungen im Bereich der Provinz Westpreußen und zwar speciell in den Kreisen Thorn, Kulm und Strasburg beauftragt.

— Falsches Geld. Wir brachten vor einigen Tagen eine Notiz aus Bromberg, nach welcher daselbst ein Kaufmann Joh. Eichholtz verhaftet worden war, weil er falsche Fünf-Markstücke verausgabt hatte. Wie damals schon bemerkt wurde, ist derselbe auch hier in Thorn gewesen und hat auch hier möglicherweise dasselbe Manöver gemacht. Sollte sich diese Vermuthung bestätigen, so bitte man, etwaige Angaben in dieser Beziehung auf dem Polizei-Commissionariat zu machen.

— Verloren hat ein armes Dienstmädchen zehn Mark in Gold. Dieselbe muß den Verlust selber tragen und ihrer Herrschaft die Summe ersezten. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund bei der Polizeibehörde gegen Belohnung abzugeben.

— Die Conferenz der Landesdirectoren tagt, wie bereits bekannt, sein drittes, am 29. d. M. in Danzig. Auf der Tagesordnung befindet sich u. A. auch ein Gegenstand, der für praktische Socialpolitik von höchstem Interesse ist. Es ist die Frage: Welche praktischen Erfolge haben die Arbeitsercolonien und Naturarbeitsfliegungsstationen aufzuweisen? Da von verschiedenen Seiten die Vortheile dieser kostspieligen Institutionen der Neuzeit in Zweifel gezogen sind, darf man auf die Verhandlungen der Sachverständigen in dieser Angelegenheit wohl gespannt sein.

— Weibliche Handarbeiten in den Volksschulen. Ueber den Betrieb dieses Unterrichtsgegenstandes ist eine statistische Zusammenstellung im Centralblatt für die gesamme Unterrichtsverwaltung veröffentlicht worden. Eine Vergleichung mit dem Stande vom December 1880 zeigt in einzelnen Bezirken erfreuliche Fortschritte in Beziehung auf die Zahl der Schulen, in welchen der Handarbeitsunterricht inwieweit eingeführt ist. In anderen Verwaltungsbezirken sind dagegen die Fortschritte noch sehr gering, und es wird dadurch den beteiligten Behörden und Beamten die Pflicht nahe gelegt, sich der Förderung dieser Angelegenheit mit besonderem Eifer zu widmen. Auch das Verhältniß der Zahl der Handarbeits-Lehrerinnen, welche die Prüfung als solche abgelegt haben, zu denjenigen, welche den Unterricht ohne vorhergehende Prüfung ertheilen, kann in den meisten Bezirken nicht als befriedigend angesehen werden.

— Polizeibericht. Zwei Personen wurden verhaftet.

— Im Goethe-Archiv zu Weimar ist, wie Berliner Blätter melden, ein recht bedeutsamer Fund gemacht worden. Man hat in dem Nachlaß des jüngst verstorbenen Enkels des Dichters ein vollständiges Tagebuch aufgefunden, dessen Aufzeichnungen von der eigenen Hand Goethe's von 1777 bis 1832 (dem Todesjahr des Dichters) reichen. Den hohen Werth dieses Fundes für die Goethe-Forschung nicht nur, sondern für die gesamte Literatur- und Culturgeschichte brauchen wir wohl kaum anzudeuten. Die neugetaufte Goethe-Gesellschaft kann ihre Arbeit nicht besser beginnen, als indem sie dieses kostbare Vermächtnis durch alsbalige Veröffentlichung der gesammelten Nation zugänglich macht.

* Eine moderne "Handschuh—" Geschichte. Ende Mai fand bei Paris ein großes Wettkennen statt, zu dem auch eine junge, schöne Engländerin, die Braut eines Jockey, gekommen war, die Verlobung des Paars während schon 6 Jahre, allein das Mädchen erklärte, den Hochzeitstag erst dann feiern zu wollen, wenn ihr Bräutigam einen Sieg errungen. Immer noch gab es Hindernisse, die den Armen um den Sieg brachten heute aber errang er ihn. Die Braut saß auf einem bevorzugten Platze, und als der Bräutigam das Zeichen seines Sieges eingehängt erhalten, elte er so schnell als möglich auf sie zu und — warf ihr den Verlobungsring in den Schoß. Ein halbes Dutzend seiner Freunde, mit denen die Sache schon vorher verabredet war, war an seiner Seite. Das Mädchen verließ todtenbleich den Rennplatz.

Ein Haar für 2000 Mark.

Mancher Leser dürfte unglaublich lächeln, wenn er davon hört, daß kürzlich ein einziges Haar mit hunderter Pf. St. d. h. mit 2000 Mr. aufgewogen wurde, und doch wird die Geschichte, die aus Wien erzählt wird, als buchstäblich wahr verbürgt. Ein reicher Engländer, der sich auf der Durchreise zur ungarischen Landesausstellung einige Tage in der Donaustadt aufhielt, trat zufällig in eine Friseurkunde in dem Moment ein, als ein junges Mädchen von hübschem Aussehen, jedoch ärmlich gekleidet, gerade mit dem Geschäftsinhaber um den Preis ihres eigenen Haarschmuckes verhandelte. Das Mädchen löste ihr dichtes, blonde Haar auf, durch welches der Friseur die Finger gleiten ließ, um die Qualität des außerordentlich reichen und langen Haars zu prüfen. Das Mädchen verlangte 20 Gulden, der Friseur wollte nur 8 Gulden zahlen. Der Engländer interessierte sich sofort für den Handel, und während er sich in dem Lehnsstuhl frisierte, beobachtete er im Spiegel aufmerksam das Mädchen und die Phase, in welche der Handel trat. In den Augen des Mädchens drückte sich ein schwererummer deutlich aus und ihre Stimme vibrierte, als sie das niedrige Angebot des Friseurs ablehnte. Der letztere versuchte mit allen Mitteln schauspielerischer Überredungskunst dem schönen Kinde begreiflich zu machen, daß ihr nirgends mehr geboten werden würde u. s. w. Nach langer Unterredung entschloß sich endlich das Mädchen, ihr Haar um 10 Gulden der Scheere des Friseurs zu opfern. Im Moment, als der Friseur das Haar abzuschneiden sich anschickte, sprang der Engländer vom Lehnsstuhl auf, schritt rasch auf das Mädchen zu und gab dem Friseur erregt: "Halt." Letzterer trat betroffen zurück. Der Fremde, welcher der deutschen Sprache zur Noth mächtig war, befragte hierauf das Mädchen um die Veranlassung ihres Angebotes, und der freundliche Ton, den der alte Herr anschlug, ließ das etwas eingeschüchterte Mädchen vertraulich antworten. Sie erzählte eine einfache, aber ergreifende Geschichte, wie sie das Leben oft im ersten Rahmen der Familie sich abspielen läßt. Ihr Vater, noch vor kurzem angesehener Industrieller, hätte sein Vermögen eingebüßt, und sei mit Frau und Kind nach Wien gekommen, um hier eine neue Existenz zu gründen. Nahezu ein Jahr lang war all' sein Streben vergeblich, der alternde Mann konnte kein Unterkommen finden. Die Reste früheren Wohlstandes gingen für Lebensmittel auf, die Eltern erkrankten, und als eben Morgens sein Kreuz mehr zu Hause war, ging die Tochter fort, um beim Friseur ihr Haar zu verkaufen. Das Mädchen erzählte ihre Geschichte in schmucklosen, rührenden Worten, die den Hörer tief in das Herz trafen. "Wollen Sie mir Ihr Haar verkaufen?", fragte er. "Ja", antwortete das Mädchen, während ihr die Tränen in die Augen traten. Der Engländer nahm hierauf eine 100-Pfd. Banknote aus seiner Brusttasche und reichte sie dem Mädchen hin, dann ergriff er eine Scheere und schnitt dem Mädchen — ein einziges Haar ab, das er sorgfältig in seiner Brusttasche verwahrte. Im nächsten Moment war der Unbekannte mit freundlichem Grunde zur Thüre hinaus, bestieg einen Wagen und wollte davon, das Mädchen und den Friseur sprachlos zurücklassend. Die Eltern des Mädchens sind wieder genesen und haben einen kleinen Handel eröffnet, der ihnen hoffentlich das zum Leben Nothwendige bieten wird.

Telegraphische Schlussscourse.

Berlin, den 17. Juni.

16./6. 85.

Fonds: schwach.

Russ. Banknoten	205	205—30
Warischau 8 Tage	204—60	204—90
Russ. 5proc. Anlethe v. 1877	98—30	98—10
Poln. Pfandbriefe 5proc.	62—20	62—20
Poln. Liquidationsbriefe	57—10	57—10
Westpreuß. Pfandbriefe 4proc.	101—60	101—70
Posener Pfandbriefe 4proc.	101—20	101—20
Oesterreichische Banknoten	164—15	163—95
Weizen, gelber: Juni-Juli	169	50/170
Sept.-Octob.	174—25	175
loco in New-York	100	99½
Noggen: loco	145	146
Juni-Juli	144—70	145—20
Juli-August	146	146—50
Sept.-Octob.	150	150—75
Rüböl: Junt	49—30	49
Seytb.-October	49—70	49—40
Spiritus: loco	43—10	43—30
Juni-Juli	43	43—20
August-Sept.	44	44—40
Sept.-October	44—60	44—90
Reichsbank-Disconto 4%.	Lombard-Ginsfus 5%.	

Meteorologische Beobachtungen.

Thorn, den 17. Juni 1885.

St.	Barometer mm.	Therm. °C.	Windrichtung und Stärke.	Wödl.	Bemerkung

<tbl_r cells="6

Bekanntmachung.

Nachstehendes Regulativ beziehungsweise Ergänzung Regulativ

Regulativ

für die

Anlegung von Granitbahnen in der Stadt Thorn.

Durch Verordnung der städtischen Polizei-Verwaltung vom 1. Januar 1879 ist im Einverständniß mit dem Gemeindevorstande festgelegt, in welcher Art künftig bei Anlegung von Granitbahnen und Herstellung der Bürgersteige gesetzlich verfahren werden soll. Um den zur gewöhnlichen, ordnungsmäßigen Unterhaltung der Bürgersteige gesetzlich verpflichteten Haushalter eine Erleichterung zu gewähren und der Ausführung der Maßregel eine größere Ausdehnung zu geben, haben die städtischen Behörden beschlossen, die Legung der Granitbahnen aus städtischen Fonds und zwar zunächst aus dem Aufkommen der Hundesteuer zu bewirken und die Haushalter nur zu einer Beisteuer zu verpflichten, welche auf 5 Mark für den laufenden Meter der Granitbahn von 1 Meter Breite bemessen wird und zwar vergestalt, daß die Haushalter in jedem Falle nur diesen und weder für eine breitere Granitbahn noch für die Neupflasterung des Bürgersteiges bei Verlegung neuer Trottoirplatten oder die Pfostierung der Münzsteine, einen weiteren Betrag zu zahlen haben. Für das hierbei zu beobachtende Verfahren werden folgende Grundsätze aufgestellt.

1) Die Straßen, in welchen die Legung von Granitbahnen erfolgen soll, werden jährlich auf Vortrag der Baudeputation durch Gemeindebeschuß festgestellt.

Die Ausführung erfolgt durch die städtische Verwaltung und hat jeder Haushalter nach Verhältniß der Länge seiner Grundstücke einen Beitrag von 5 Mark für den laufenden Meter ein Meter breiten Granitbahn zu leisten.

2) Im Falle des Neu- oder Umbaus haben die Haushalter die Wahl, ob sie die Ausführung der städtischen Verwaltung überlassen oder selbst bewirken wollen.

Letzterenfalls geschieht dieselbe unter Aufsicht der Baudeputation, welche die ordnungsmäßige Ausführung zu bescheinigen hat. Dann erfolgt die Zahlung der Kosten aus der Kämmerer-Kasse nach Abzug des reglementmäßigen Beitrages des Haushalters.

3) Dasselbe Verfahren tritt ein, wenn Haushalter ohne öffentlich aufgerufen zu sein, die Legung einer Granitbahn beabsichtigen. Die Haushalter haben jedoch vor der Ausführung die Genehmigung des Magistrats und der Polizei-Verwaltung einzuholen, während sie den Anspach auf Zusatz aus städtischen Mitteln verlieren.

4) Geschieht die Legung der Granitbahnen durch die städtische Verwaltung, so haben die Haushalter nach Abnahme der Granitbahn durch die Baudeputation und nach vorgängiger schriftlicher Aufforderung die Beiträge innerhalb vier Wochen zur Kämmerer-Kasse zu zahlen.

5) Verweigern Haushalter die Zahlung ohne Grund, so geschieht die Einziehung im Wege der Administrativen Execution.

Haushalter, welche nicht im Stande sind, den Beitrag sofort zu erlegen, kann der Magistrat gegen Zahlung einer Zinsvergütung Stundung gewähren.

6) Bis zur völligen Abwicklung der Vorschüsse bleiben die Granitplatten unbeschränktes Eigentum der Stadt.

7) Die Genehmigung des Magistrats darf kein Haushalter die Lage der Granitplatten verändern oder eine andere Verfügung darüber treffen.

8) Abweichungen von den vorsichtig ad 1-4 gegebenen Vorschriften sind nur durch Gemeindebeschuß zulässig.

Thorn, den 27. Januar 1879.
Der Magistrat.
gez. Wisselink.

Die Stadtverordneten.
gez. Boethke.

Vorliegendes Regulativ wird hiermit gemäß § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 von uns bestätigt.

Marienwerder, den 17. Februar 1879.
Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.
gez. Stellmann.

Vorliegendes Regulativ wird auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 mit Genehmigung des Bezirks-Ausschusses zu Marienwerder (§ 16 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883) dahin abgeändert:

dass, wenn statt einer Granitplatte zwei dergleichen zur Verbreiterung des Trottoirs verlegt werden, die Haushalter auch für den Quadratmeter der zweiten Platte 5 Mark Beitrag zu zahlen haben.

Thorn, den 2.25. März 1885.

Der Magistrat.
(L. S.) gez. Wisselink.

Die Stadtverordneten.
gez. Boethke.

Vorliegender Regulativ-Nachtrag vom 2.25. März 1885 wird auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in Verbindung mit § 16 Absatz 3 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hierdurch bestätigt.

Marienwerder, den 29. Mai 1885.
(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.
In Vertretung:
gez. Unterf. schrift.

No. 2729 B. A.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 9. Juni 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von heute ab werden in der städtischen Steigerei wieder Mauersteine erster Klasse zum Preise von 26 Mark pro Mille verkauft.

Thorn, den 15. Juni 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Förderung des Sparfunks und Anfangszeit ganz geringer Beiträge behufs späterer Anlage bei der Sparlasse sind hier selbst Sparmarken zur Einführung gelangt. Dieselben werden im Werthe von zehn Pfennigen für das Stück gegen Baarzahlung nebst den erforderlichen Sparkarten bei folgenden Verkaufsstellen abgegeben:

Bei Herrn Kaufmann B. Richter,
Adolph, Lisewski,
Mehlhändler Liedtke,
(Bromberger Vorstadt).
Kanzlei-Inspector
Rohdies (Modder).

Gegen Abgabe einer mit zehn Sparmarken beklebten Sparmarke erhält man von der städtischen Sparlasse (Rathaus 1 Treppe) ohne Darraufzahlung ein auf den Betrag von einer Mark laufendes Sparkassenbuch. Auf letzteres können alsbald baare Einlagen gemacht oder auch weitere mit 10 Sparmarken beklebte Sparkarten gut geschrieben werden. Nur mit vollen zehn Marken beklebte Karten werden angenommen.

Thorn, den 12. Juni 1885.

Der Magistrat.

Am Freitag, den 19. Juni cr.
Vormittags 10 Uhr werde ich in der Pfandsammer (Landgerichtsgebäude) hier selbst; 1 Spiegel, Sophie, Sophatisch und 1 Wäschespind (Nugbaumholz) meistbietend gegen gleichbaare Zahlung verkaufen.

Beyrau,
Gerichtsvollzieher in Thorn.

Der Verkauf der Kuh bei dem Besitzer Martin Moede in Gursle findet am **Sonnabend, den 20. d. Mts.** Nachmittags 3 Uhr statt.

Beyrau, Gerichtsvollzieher.

Max Tichauer'sche

Concurrenzsache.

Der Ausverkauf des Waaren-Lagers, bestehend in Kleider-Garderobe u. wird fortgesetzt.

Das Laden-Lokal nebst Wohnung ist vom 1. Juli cr. ab auf 1 1/4 Jahre billig zu vermieten.

F. Gerbis, Verwalter.

Gänzlicher Ausverkauf!
Wegen Todesfall verkauft ich mein

Cigarren- u. Tabaks-Lager

von heute ab zum Selbstkostenpreis aus. Wiederverkäufern gewähre bei Abnahme von größeren Posten besondere Preismäßigung. Auch ist der Laden vom 1./10. cr. ab zu vermieten.

Thorn, den 12. Junt 1885.

A. Hempler's W we.

Ausverkauf.

Unterm

Einkaufspreis verkaufe von heute an sämtliche Artikel um das Lager so schnell wie möglich zu verkleinern.

Mache besonders aufmerksam auf garnierte und ungarnierte Hüte, Ball- und Hutblumen, Morgenhäubchen, Rüschen, Federn, Bänder, Spitzen etc. etc.

Minna Mack.

Als Pfleger der Hinterlassenschaft der kinderlos verstorbenen Witwe Elisabeth von Bentheim geb. Bantel fordere ich folgende etwa noch lebende Nachkommen des zu Meckingen in Württemberg geborenen mit Barbara Mandler verheirathet gewesenen Johann Friedrich

Bantel nämlich:

1. Johann Jacob geb. 1789.
2. Maria Barbara geb. 1796.

3. Rosine Katharina geb. 1801 bzw. deren Kinder auf sich schleunigt bet mir zu melden.

Düsseldorf, 26. Mai 1885.

Mengelbier.

Rechtsanwalt.

Lücklige Landwirthinnen

mit sehr guten Zeugnissen weiß nach

J. Litkiewicz,

Mietsh. Comoir, Bäckerstraße 246.

Berantwortlicher Redakteur A. Burgwardt in Thorn. Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck in Thorn.

Bekanntmachung.

Nachstehendes Regulativ beziehungsweise Ergänzung Regulativ

für die

Anlegung von Granitbahnen in der

Stadt Thorn.

Durch Verordnung der städtischen Polizei-Verwaltung vom 1. Januar 1879 ist im Einverständniß mit dem Gemeindevorstande festgelegt, in welcher Art künftig bei Anlegung von Granitbahnen und Herstellung der Bürgersteige gesetzlich verfahren werden soll. Um den zur gewöhnlichen, ordnungsmäßigen Unterhaltung der Bürgersteige gesetzlich verpflichteten Haushalter eine Erleichterung zu gewähren und der Ausführung der Maßregel eine größere Ausdehnung zu geben, haben die städtischen Behörden beschlossen, die Legung der Granitbahnen aus städtischen Fonds und zwar zunächst aus dem Aufkommen der Hundesteuer zu bewirken und die Haushalter nur zu einer Beisteuer zu verpflichten, welche auf 5 Mark für den laufenden Meter der Granitbahn von 1 Meter Breite bemessen wird und zwar vergestalt, daß die Haushalter in jedem Falle nur diesen und weder für eine breitere Granitbahn noch für die Neupflasterung des Bürgersteiges bei Verlegung neuer Trottoirplatten oder die Pfostierung der Münzsteine, einen weiteren Betrag zu zahlen haben. Für das hierbei zu beobachtende Verfahren werden folgende Grundsätze aufgestellt:

1) Die Straßen, in welchen die Legung von Granitbahnen erfolgen soll, werden jährlich auf Vortrag der Baudeputation durch Gemeindebeschuß festgestellt.

Die Ausführung erfolgt durch die städtische Verwaltung und hat jeder Haushalter nach Verhältniß der Länge seiner Grundstücke einen Beitrag von 5 Mark für den laufenden Meter ein Meter breiten Granitbahn zu leisten.

2) Im Falle des Neu- oder Umbaus haben die Haushalter die Wahl, ob sie die Ausführung der städtischen Verwaltung überlassen oder selbst bewirken wollen.

Letzterenfalls geschieht dieselbe unter Aufsicht der Baudeputation, welche die ordnungsmäßige Ausführung zu bescheinigen hat. Dann erfolgt die Zahlung der Kosten aus der Kämmerer-Kasse nach Abzug des reglementmäßigen Beitrages des Haushalters.

3) Dasselbe Verfahren tritt ein, wenn Haushalter ohne öffentlich aufgerufen zu sein, die Legung einer Granitbahn beabsichtigen. Die Haushalter haben jedoch vor der Ausführung die Genehmigung des Magistrats und der Polizei-Verwaltung einzuholen, während sie den Anspach auf Zusatz aus städtischen Mitteln verlieren.

4) Geschieht die Legung der Granitbahnen durch die städtische Verwaltung, so haben die Haushalter nach Abnahme der Granitbahn durch die Baudeputation und nach vorgängiger schriftlicher Aufforderung die Beiträge innerhalb vier Wochen zur Kämmerer-Kasse zu zahlen.

5) Verweigern Haushalter die Zahlung ohne Grund, so geschieht die Einziehung im Wege der Administrativen Execution.

Haushalter, welche nicht im Stande sind, den Beitrag sofort zu erlegen, kann der Magistrat gegen Zahlung einer Zinsvergütung Stundung gewähren.

6) Bis zur völligen Abwicklung der Vorschüsse bleiben die Granitplatten unbeschränktes Eigentum der Stadt.

7) Die Genehmigung des Magistrats darf kein Haushalter die Lage der Granitplatten verändern oder eine andere Verfügung darüber treffen.

8) Abweichungen von den vorsichtig ad 1-4 gegebenen Vorschriften sind nur durch Gemeindebeschuß zulässig.

Thorn, den 27. Januar 1879.
Der Magistrat.
gez. Wisselink.

Die Stadtverordneten.
gez. Boethke.

Vorliegendes Regulativ wird hiermit gemäß § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 von uns bestätigt.

Marienwerder, den 17. Februar 1879.
Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.
gez. Stellmann.

Vorliegendes Regulativ wird auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in Verbindung mit § 16 Absatz 3 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 hierdurch bestätigt.

Marienwerder, den 29. Mai 1885.
(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.
In Vertretung:
gez. Unterf. schrift.

No. 2729 B. A.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 9. Juni 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von heute ab werden in der städtischen Steigerei wieder Mauersteine erster Klasse zum Preise von 26 Mark pro Mille verkauft.

Thorn, den 15. Juni 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Förderung des Sparfunks und Anfangszeit ganz geringer Beiträge behufs späterer Anlage bei der Sparlasse sind hier selbst Sparmarken zur Einführung gelangt. Dieselben werden im Werthe von zehn Pfennigen für das Stück gegen Baarzahlung nebst den erforderlichen Sparkarten bei folgenden Verkaufsstellen abgegeben:

Bei Herrn Kaufmann B. Richter, Adolph, Lisewski,

Mehlhändler Liedtke, (Bromberger Vorstadt).
Kanzlei-Inspector
Rohdies (Modder).

Gegen Abgabe einer mit zehn Sparmarken beklebten Sparmarke erhält man von der städtischen Sparlasse (Rathaus 1 Treppe) ohne Darraufzahlung ein auf den Betrag von einer Mark laufendes Sparkassenbuch. Auf letzteres können alsbald baare Einlagen gemacht oder auch weitere mit 10 Sparmarken beklebte Sparkarten gut geschrieben werden. Nur mit vollen zehn Marken beklebte Karten werden angenommen.

Thorn, den 12. Junt 1885.

Der Magistrat.

Am Freitag, den 19. Juni cr.
Vormittags 10 Uhr werde ich in der Pfandsammer (Landgerichtsgebäude) hier selbst; 1 Spiegel, Sophie, Sophatisch und 1 Wäschespind (Nugbaumholz) meistbietend gegen gleichbaare Zahlung verkaufen.

Beyrau,
Gerichtsvollzieher in Thorn.

Der Verkauf der Kuh bei dem Besitzer Martin Moede in Gursle findet am **Sonnabend, den 20. d. Mts.** Nachmittags